

Vorstellung Jahrbuch am 7.12.23 / Präsentation auf Einladung des Berliner Rechnungshofes in Berlin im Tagungswerk

Sehr geehrte Frau Präsidentin Klingen,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

das zentrale Anliegen des Jahrbuchs für öffentliche Finanzen sind die Haushalte der Länder. Seit fünfzehn Jahren legen wir jeweils kurz vor der Sommerpause in unserem „Sommerband“ einen Bericht über sämtliche Landeshaushalte des Vorjahres vor, komplettiert durch einen Kommunalfinanzbericht von Martin Junkernheinrich. In diesem Jahr hatten wir Anfang Juli in der Landesvertretung des Saarlandes unsere Präsentation.

Die Länderberichte stammen aus der Feder von mittlerweile rund zwanzig praxiskundigen Autorinnen und Autoren aus den Verwaltungen. Von Anfang an lag der Berlin-Bericht in der Hand von Ulf Meyer-Rix, der als Wahlberliner unseren Grundsatz durchbricht, dass niemand seinen eigenen Landeshaushalt analysieren soll. Aber Meyer-Rix hat nicht nur als Mitarbeiter einer Bundestagsfraktion genügend Distanz zur Lokalpolitik, sondern vor allem deshalb, weil er gebürtiger Hamburger ist und aus der Hamburger Finanzbehörde in die Hauptstadt gekommen ist.

In seinem ersten Bericht für den Haushalt 2008 blickte er zurück und hielt fest, dass Berlin seit der Einheit nicht vermocht habe, sein

*„Ausgabenniveau mit den Einnahmerealitäten in Einklang zu bringen (...)
Die unvermeidliche Folge: Berlins Schuldenstand explodierte zwischen
1991 und 2008 von rd. 10 Mrd. EUR auf knapp 60 Mrd. EUR...“.*

2008 lagen aber die absoluten Tiefpunkte schon etwas zurück wie der Skandal um die Bankgesellschaft Berlin und die schwere Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht 2006. Meyer-Rix nahm schon in seinem ersten Bericht Zeichen der Hoffnung wahr und erwähnte für 2008 positiv:

*„Eine überdurchschnittliche Ausgabendisziplin: Während die bereinigten
Ausgaben der Ländergesamtheit seit 2002 um rd. 6,6 % anwuchsen,*

konnte Berlin seine Ausgaben (,,,) in diesem Zeitraum (...) sogar um etwa 1% absenken.“ (JöFin 2009, S.69)

Das war die Zeit von Klaus Wowereit, der mit seiner genialen Formulierung „arm, aber sexy“ nicht nur das Elend seiner Stadt auf den Punkt brachte, sondern sie darin Stolz und Optimismus lehrte. Seinen eher gefürchteten als beliebten Finanzsenator lies Wowereit klugerweise nie im Stich.

In den folgenden Jahren begleitete Meyer-Rix mit seinen Berichten den fulminanten wirtschaftlichen und fiskalischen Erfolg Berlins auch durch alle nachfolgenden Krisen. Als wirklich bedeutend gelten in Berlin nur die hausgemachten Krisen, denn das sonstige Krisengeschehen haben ja alle anderen auch. Damit sind wir schon bei der Berliner Wahl-Krise, die das Jahr 2022 sogar haushaltspolitisch dominiert hat:

„der Nach-Wahl-Doppelhaushalt wurde noch um einen Vor-Wahl-Nachtragshaushalt ergänzt.“, heißt es bei Meyer-Rix. Das kuriose Resultat war, dass „das vorläufige Finanzierungsergebnis Berlins zum Jahresende 2022 dann um sage und schreibe fast 3,3 Mrd. € von dem nur wenige Wochen zuvor beschlossenen Nachtragshaushalt abwich.“

Aber dann war da noch der Segen der Corona-Kredite von Ende 20 bzw. Anfang 21 in Höhe von 7,3 Mrd. €, die nur teilweise benötigt worden waren. Knapp 6,6 Mrd. € konnten deshalb 2022 den Rücklagen zugeführt werden. Selten hat ein neuer Finanzsenator in Berlin eine derart prall gefüllte Schatulle übernehmen dürfen. Im Gepäck führt er allerdings auch so zahlreiche und so mächtige Risiken, dass man noch einmal froh sein könnte über die getroffene Vorsorge. Es ist jedenfalls faszinierend zu verfolgen, wie Berlin sich in kaum zwei Jahrzehnten aus tiefer Krise in eine Problemlage mit so drastisch geändertem Vorzeichen bewegen konnte. Daraus kann man einerseits Zuversicht und Gelassenheit gewinnen. Andererseits muss man in Berlin immer bedenken, dass die Stadt Reallabor – früher sagte man Vorbild - für andere ist. Man erhofft und erwartet von Berlin auch mutige Lösungen mit Strahlkraft wie seinerzeit das innovative Sondervermögen SIWA. Die knappen Berichte im Jahrbuch über die Länderhaushalte zeigen sehr schön im horizontalen Vergleich, wie neugierig und nachahmungswillig die Länder untereinander sind.

Ein thematischer Dauerbrenner in allen unseren Jahrbuchausgaben ist die sogenannte Schuldenbremse. Das Thema ist mittlerweile so etwas wie die Lustige

Witwe unter den Artikeln der Finanzverfassung: Auch wenn man es eigentlich schon nicht mehr hören kann, das Publikum ist immer wieder begeistert. Jetzt hat das Bundesverfassungsgericht das Libretto etwas umgeschrieben, aber die anfängliche Aufregung hat sich zumindest in den Ländern schnell gelegt. Denn die Länder hatten schon seit Oktober 2021 Gelegenheit, die erwartbare Verfassungsrechtsprechung einzupreisen. Man wird jetzt – wie etwa im Saarland – etwas häufiger die Notlage erklären und die Darlegungslasten mit etwas höherem bürokratischen Aufwand bedienen müssen.

Es waren übrigens die Sozialdemokraten im hessischen Landtag, die sich unter Frau Faeser mit der Klage vor dem Staatsgerichtshof zu Hütern der Schuldenbremse aufgeschwungen hatten. Wir nehmen es als schöne Pointe, dass sie demnächst ihren Sieg vor dem Staatsgerichtshof in der Landesregierung auskosten können. Wir freuen uns auf eine Fülle von Reformvorschlägen. Es bleibt nur zu hoffen, dass das Grundgesetz diesmal verschont wird. Am Ende kommt noch eine Notlagenbremse.

Das Thema Schuldenbremse ist – wie Sie sehen – ein steter Quell der Freude für die Herausgeber. Aber wie oft will die Politik noch die Entdeckung machen, dass ohne Staatskredit nun mal kein Staat zu machen ist? Und dass der Staatskredit nicht dadurch zu rechtfertigen ist, dass er erlaubt ist. Sondern vor allem durch die Notwendigkeit der Ausgaben.

Hier haben wir in den letzten Jahren im Jahrbuch glücklicherweise eine wachsende Zahl an Beiträgen gesehen, die den gewaltigen Berg an vor uns liegenden Aufgaben kritisch in den Blick genommen haben, nicht nur zur Klima-Transformation. Gute Ideen waren knapper als Geld. Jetzt reicht das Geld nur noch für die besten Ideen. Damit könnten sich auch die Ministerpräsidenten der Länder trösten, die um die Finanzierungszusagen des Bundes fürchten. Diese nach vorn gerichtete Diskussion möchten wir gerne fortsetzen in den nächsten Bänden.

Abschließend noch ein Wort des Dankes an unsere Gastgeberin, liebe Frau Präsidentin Karin Klingen: Wir fühlen uns geehrt durch Ihre Einladung und die Möglichkeit, unseren aktuellen Jahrbuchband so prominent präsentieren zu dürfen. Wir sind stolz, dass wir Sie und Ihre Kollegen auch als Autorinnen und Autoren an Bord haben. Und wir freuen uns, dass wir den Anlass bieten für ein so gewichtiges und politisches Podium, auf das wir jetzt gespannt sind.